

Newsletter Bildung integriert..Wiesbaden

Ausgabe 9 - September 2020

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde des Projekts Bi..W,

seit dem letzten Newsletters im April dieses Jahres ist die durch das SARS COVID-19-Virus ausgelöste Pandemie das alles bestimmende Thema. Kaum ein Land der Erde, das frei ist von Infektionen, weltweit sind viele Infizierte und Tote zu beklagen. Auch in Deutschland sind - Stand 30.9.2020 - knapp 9.500 Menschen an COVID-19 gestorben, und viele Infizierte, die bei schwerem Krankheitsverlauf überlebt haben, kämpfen mit den gesundheitlichen Langzeitfolgen. Doch auch wenn Deutschland bisher vergleichsweise gut fertig wurde mit den Bedrohungen und Folgen des Virus: Es gibt kaum einen Lebensbereich, der verschont bleibt von den Folgen der Pandemie. Die Angst vor Ansteckung sowie die zur Eindämmung des Virus ergriffenen Maßnahmen werfen alles über den Haufen, was unseren Lebensstil kennzeichnet: Von Arbeiten über Bildung, Familie, Freizeit, Gesundheitsversorgung bis Urlaub, so ziemlich alle Bereiche unseres Lebens sind tangiert und z. T. weitreichenden Änderungen unterworfen. Auch wenn die Corona-Pandemie den einen oder anderen positiven Aspekt haben mag wie sich wandelnde Einstellung zu Homeoffice oder - wegen der stark eingeschränkten Urlaubs- und Geschäftsreisetätigkeit - eine Verschnaufpause für das Klima, so sind die negativen Folgen in den meisten Bereichen gravierend: Einbruch der Wirtschaftsleistung und damit der Steuereinnahmen der öffentlichen Hand, Verlust von zigtausend Arbeitsplätzen vor allem in der Gastronomie, der Tourismus- und Kulturbranche, Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kurzarbeit, Hilfspakete der Bundesregierung in Milliardenhöhe, Stillstehen des kulturellen Lebens, Doppelbelastung von Eltern, die ihre Arbeitsleistung mit Betreuung und Lernunterstützung ihrer Kinder vereinbaren müssen.

Als Programm, das sich in erster Linie der Verbesserung der Bildungsteilnahme verschrieben hat, ist im aktuellen NL dem (föderalen) Schulsystem und den (gleichen) Bildungschancen der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler ein ausführlicher Beitrag gewidmet.

Wir hoffen, Sie mit diesem NL informativ zu unterhalten und evtl. auf die ein oder andere neue Idee zu bringen. Viel Vergnügen wünscht

Ihr Projektbüro Bildung integriert..Wiesbaden

Schulunterricht und Bildungsgerechtigkeit in Zeiten von Corona

Die hessischen Schulen waren vier Wochen lang für den Präsenzunterricht geschlossen. Danach erfolgte - in drei Stufen und nach Schulform und Jahrgängen differenziert - die schrittweise Öffnung der Schulen als Lernort. Zwei Wochen vor Beginn der hessischen Sommerferien erfolgte die Überführung des Schulbetriebs in eine 5-Tage-Woche für alle Grundschulklassen, ab Tag 1 nach den Sommerferien kehrten alle Schulformen in Hessen zu Präsenzunterricht an fünf Tage der Woche zurück.

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Während der ersten vier Wochen nach den Schulschließungen am 16. März 2020 wurde der Unterricht komplett „remote“ organisiert, danach erhielten die Schülerinnen und Schüler Unterricht im Wechsel zwischen Präsenz- und Fernunterricht. Inwieweit dieses „Homeschooling“ digital erfolgte oder andere Methoden zum Einsatz kamen (z. T. haben Lehrkräfte den Schülerinnen und Schülern die Lernmaterialien in den Briefkasten geworfen), wurde von unterschiedlichen Faktoren mitbestimmt. In Einzelfällen mag es an der einzelnen Lehrkraft gelegen haben, wie viel „Unterricht“ oder auch nur Lernmaterial bei den Kindern und Jugendlichen ankam.

Viel entscheidender aber war, dass für digitalen Unterricht, der sowohl das Attribut **DIGITAL** als auch die Bezeichnung **UNTERRICHT** verdient, keine landesweiten Strukturen und Konzepte vorhanden waren (von national gültigen Standards ganz zu schweigen). Die Schulen, in der Phase des *Lockdowns* von einem auf den anderen Tag vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Schülerinnen und Schüler zu unterrichten, ohne sie im Klassenraum vor sich zu haben, improvisierten nach Kräften. Dass dies an vielen Schulstandorten nur unzureichend funktionierte, ist keine Neuigkeit.

Nach einer Phase des Hybridunterrichts (Teilung der Lerngruppen, die abwechselnd im Schulgebäude und zuhause unterrichtet werden) sind spätestens mit dem Ende der Sommerferien alle Bundesländer - jedenfalls dem Grundsatz nach - zum reinen Präsenzunterricht zurückgekehrt.

Über feste Lerngruppen, der Durchsetzung der Hygienevorschriften und Abstandsregeln sowie der Anforderung, in der Schule einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen (in zwei Bundesländern in den ersten Wochen nach den Sommerferien sogar während des Unterrichts, auf jeden Fall aber in den Gängen und auf dem Schulhof), möchte man weitere flächendeckende Schulschließungen verhindern. Dies schließt punktuelle Schulschließungen oder das Verhängen von



Quarantänemaßnahmen für einen Teil der Schülerschaft nicht aus. Es zeigt sich, dass dieses Konzept seine Schwächen hat, nämlich überall dort nicht funktionieren kann, wo sich keine festen Lerngruppen bilden lassen (z. B. Gymnasiale Oberstufe mit Kurssystem) oder sich die Kinder und Jugendlichen dennoch mischen wie in der Nachmittagsbetreuung an Schulen, in Förderschulen. Insbesondere bei der Schülerbeförderung ist die Beschränkung auf Kontakte mit Personen der eigenen Schule, ganz zu schweigen der eigenen Lerngruppe, nicht darstellbar, was insbesondere vor dem Hintergrund problematisch ist, dass sich nicht alle Schülerinnen und Schüler an die im ÖPNV und damit auch dem Schülertransport geltende Maskenpflicht halten (und zwar unabhängig von Schulform und Alter ...). Eine Entzerrung der Stoßzeiten morgens und nach Unterrichtsende kam in Wiesbaden trotz eines entsprechenden Angebots der Verkehrsbetriebe aufgrund unterrichtsorganisatorischer Erwägungen bisher nicht zustande.

Damit ist die aktuelle Situation von Schulunterricht unter Corona-Bedingungen grob skizziert. Für ein halbwegs umfassendes Bild der Situation der Schulen in Zeiten der Pandemie sollten, zumindest cursorisch, zusätzlich folgende Aspekte Erwähnung finden:

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

1. Zeit nutzen zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur der Schulen und Familien sowie Stärkung der digitalen Kompetenz bei Lehrkräften und Schülerschaft

In ihrem Video-Podcast am Wochenende vor dem sogenannten Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin mit SPD-Co-Vorsitzender Saskia Esken, der Bundesbildungsministerin sowie den Kultusministerinnen und Kultusministern der Länder am 21.09.2020 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel darauf hingewiesen, dass die Digitalisierung der Schulen mit Hochdruck als „unverzichtbare Ergänzung zum Präsenzunterricht“ voranzutreiben sei. Denn auch wenn beim anschließenden Treffen im Bundeskanzleramt Einigkeit darüber herrschte, an deutschen Schulen „Präsenzbetrieb statt Fernunterricht zu gewährleisten“, ist für eine gelingende Schulbildung aller aktuellen Jahrgänge von Grundschule über Sekundarstufe I bis hin zur Hochschulreife von einer wachsenden Bedeutung des Fernunterrichts auszugehen.

Gut gerüstet und gerecht in ein neues Zeitalter des Lernens, das JETZT beginnt

Damit stehen die Zuständigen in Politik und Verwaltung vor der Herausforderung, die Schulen alsbald fit zu machen für diese Art des Unterrichtens, und zwar dergestalt, dass die Teilhabe ausnahmslos aller Schülerinnen und Schüler gesichert ist, unabhängig vom Bundesland, dem sozioökonomischen Status des Elternhauses oder anderer Faktoren. Beispielsweise muss das Lernen, analog und digital, einschließlich der entsprechenden Unterstützung durch die Lehrkraft auch solchen Schülerinnen und Schülern offen stehen, die eine Förderschule besuchen bzw. einen Förderbedarf haben.



In diese Rubrik gehört die Zusage des Bundes, Dienstlaptops für 800.000 Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland anzuschaffen. Die dafür veranschlagten 500.000 Euro sollen zeitnah bereitgestellt werden (ob dies dazu führt, dass die Lehrkräfte tatsächlich in Kürze funktionsfähige Dienstlaptops erhalten, bleibt abzuwarten). Mit einer weiteren halben Million Euro beteiligt sich der Bund an den Kosten für Ausbildung und Bezahlung von IT-Administratorinnen und -Administratoren, die zur Unterstützung des

digitalen Unterrichts an den Schulen dringend gebraucht werden.

Auch der Aufbau einer bundesweiten Bildungsplattform sowie digitaler Kompetenzzentren wurde (ein weiteres Mal) verabredet; hier bedarf es noch der genauen Ausgestaltung. Nicht zuletzt wurde der zügige Ausbau der Breitband-Internetverbindung über Glasfasertechnologie für alle Schulen angekündigt sowie eine kostengünstige Datenflatrate für Schülerinnen und Schüler.

Nicht nur die Opposition im Bundestag, auch Bildungsexpertinnen und -experten sowie Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter zeigten sich nach dem „Bildungsgipfel“ enttäuscht über die Ergebnisse, insbesondere da einige Festlegungen bereits aus dem August stammen und es nach wie vor an einem Fahrplan zur Umsetzung fehlt. Auch bei den Kommunen als Schulträger wächst der Frust - sind doch Konzepte und Geld vorhanden, um den dringend notwendigen digitalen Modernisierungsschub an Deutschlands Schulen in die Wege zu leiten. Die Bildungsforschung sowie kommunale Jugend- und Sozialhilfe wiederum sehen durch die Krise die Umsetzung des Anspruchs auf gleiche Bildung für alle Kinder weiter schwinden und fürchten, dass Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern mit geringen finanziellen Ressourcen unter Corona-Bedingungen noch stärker abgehängt werden.

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Während die föderal aufgebaute Bundesrepublik bisher relativ erfolgreich war bei der Eindämmung der Pandemie (erfolgreicher als manch stärker zentralistisch verfasster Staat), so scheint der Bildungsföderalismus aktuell als Hemmschuh für dringend nötige Innovationen im Bildungssystem zu wirken. Von den Entscheidungen der sogenannten Bildungsgipfel sind viele tangiert: zuvorderst die junge Generation, die mit gutem Recht erwartet, dass ihnen in ihrer Schulzeit die nötigen Kompetenzen und Kenntnisse vermittelt werden, um in unserer Gesellschaft erfolgreich zu sein. Dies gelingt schon in normalen Zeiten nur bedingt; die gegenwärtige Krise jedoch enthüllt schonungslos die Defizite unseres Bildungssystems. Mit Eltern, Lehrkräften, Bildungsexpertinnen und -experten und Wirtschaftsverbänden sorgen sich weitere Gruppen um die Bildung der Kinder und sind entsprechend enttäuscht, wenn der Austausch zwischen Bund und Ländern wiederholt nur einzelne Beschlüsse abwirft, der große Wurf aber ein ums andere Mal ausbleibt. Den Grund hierfür sehen viele Beobachtende darin, dass die Bundesländer und die dort für Schulen zuständigen Ministerinnen und Minister auf die genuine Zuständigkeit der Länder für Bildung beharren und sich in ihren souveränen Rechten verletzt sehen, sobald der Bund beim Thema Bildung eingreift.

Derweil steht mit den Kommunen die unterste Ebene im Staatsgefüge inmitten der Herausforderung, Bildung vor Ort auch unter Pandemiebedingungen zu organisieren. Dem Postulat der Bildung im Lebenslauf und vor allem ihren Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, können Kreise und Städte nicht abwarten, bis Bund und Länder einen Ausweg aus ihrem Zuständigkeitsdilemma finden - Kitas, Schulen, der Übergang Schule-Ausbildung-Beruf, Erwachsenenbildung - all das muss weitergehen, so gut und gleichzeitig pandemiesicher wie irgend möglich.

Deshalb ist seit Beginn der Krise auf der kommunalen Ebene einiges passiert. Städte und Landkreise als Schulträger haben sich daran gemacht, die von Bund und Ländern im Digitalpakt zur Verfügung gestellten Mittel in die digitale Ausstattung der Schulen sowie die Verfügbarmachung digitaler Endgeräte für möglichst viele Schülerinnen und Schüler umzusetzen (hierzu finden sich weiter unten ausführliche Berichte). Weitere institutionelle Bildungsakteure sowie die Zivilgesellschaft haben mit Einfallsreichtum und Motivation für die Stadtteile und die Menschen agiert.

Auch in Wiesbaden wollte man nicht weiter abwarten - Schulen, Vereine, Stiftungen und die Stadtverwaltung haben gehandelt, hier Beispiele aus den verschiedenen Bereichen:

Die **Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule** z. B. hat Standards und Konzepte zum digitalen Lernen sowie zum Hybridunterricht entwickelt. Über eine Umfrage bei den Familien wurde ermittelt, wie es um die Verfügbarkeit mobiler Endgeräte, weiterer Hardware sowie W-LAN-Verbindung bestellt ist.

Das **Volksbildungswerk Klarenthal e. V.** startete ein Crowdfunding, um bedürftige Familien mit digitaler Infrastruktur auszustatten. Hierbei kooperierte das Volksbildungswerk des Stadtteils mit ESWE Versorgung, das eine Spendenplattform zur Verfügung stellte. Auf diesem Weg konnten 3.000 Euro an Spenden eingeworben werden, ein Unternehmen stockte diesen Betrag nochmals kräftig auf. Durch die enge Verzahnung des Volksbildungswerks mit weiteren Bildungsinstitutionen und -akteuren im Stadtteil waren dem Verein die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf bekannt, und hält auch nach Übergabe der Geräte den Kontakt. Über die Aktion konnten auch weitere Helferinnen und Helfer geworben werden für die Projekte „Kinder ans Netz“ und „Digitale Lernpaten“.

Das **städtische Schulamt** wiederum hat frühzeitig Anträge zur Mittelbewilligung aus dem Digitalpaket gestellt. Von den knapp 21 Millionen, die hieraus für die Stadt Wiesbaden zur Verfügung stehen, hatte das Amt bereits im Juni entsprechende Anträge in Höhe von 18,6 Millionen rausgeschickt.

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Diese Mittel sind gedacht für den Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Schwerpunkten auf Ertüchtigung der Gebäudeverkabelung und der aktiven Netzwerktechnik, Installation eines flächendeckenden W-LAN-Netzes sowie moderne digitale Präsentationsmedien. Auch LTE-Router wurden bestellt, die - vergleichbar mit einer SIM-Karte für Handys - kabellose Datenübertragung im großen Umfang ermöglichen. Bereits im Mai hatte das städtische Schulamt, in enger Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Wiesbaden, dafür gesorgt, dass an den Schulen der kostenfreie Verleih von Tablets an Schülerinnen und Schüler beginnen konnte. Bis Juni konnten rund 1.700 mobile Endgeräte an Schülerinnen und Schüler zur Nutzung zuhause übergeben werden (nähere Informationen im Beitrag der Rubik Neuigkeiten aus Schuldezernat/Schulentwicklungsplanung).

Zur Abfederung der Folgen des Homeschooling entwickelte das **Amt für Soziale Arbeit in Kooperation mit der Benefizaktion „Ihnen leuchtet ein Licht“ des Wiesbadener Kurier** ein Lernförderangebot für Jugendliche. Seit Mitte März hatte Corona die Lage für herkunftsbenachteiligte Kinder und Jugendliche insofern verschärft, als dass sie durch mangelnde EDV-Ausstattung und/oder fehlende elterliche Ressourcen das schulische Pensum im Homeschooling oft nicht so gut meistern konnten wie andere Kinder und Jugendliche. Hier sah und sieht das Amt für Soziale Arbeit Handlungsbedarf, da die entstandenen Defizite mit in das nächste Schuljahr genommen werden und mit Zeitverzug noch größere schulische Probleme nach sich ziehen könnten. Daraus entstand die Idee eines Nachhilfeangebots - größtenteils in den Ferien - für solche Kinder, die sonst nicht die finanziellen Ressourcen dazu hätten.

Mit einem Nachhilfeinstitut, das aus der Arbeit mit Berechtigten des Bildungs- und Teilhabepakets bekannt ist (und Erfahrung hat im Umgang mit einer heterogenen Schülerschaft), wurden „Nachhilfe-Pakete“ für 50 Kinder und Jugendliche geschnürt, in denen die Schülerinnen und Schüler zehn Unterrichtseinheiten (also 20 Schulstunden) in Anspruch nehmen können. Dieser Zeitraum reicht nach den Erfahrungen meist aus, den anstehenden Schulstoff produktiv zu bearbeiten. Die Termine waren relativ flexibel zu vereinbaren.

Gestartet wurde am 27.07.2020. Eine Nachhilfelehrkraft arbeitet gleichzeitig mit zwei Schülerinnen und Schülern, individuell auf ihrem jeweiligen Niveau. Diese Unterrichtsart hat sich im Institut sehr bewährt. Sie ist pädagogisch/didaktisch sinnvoll und produktiv, die Schülerinnen und Schüler sind hier oft sogar motivierter als im Einzelunterricht und die vom Gesundheitsamt geforderten Hygiene- und Abstandsregeln können relativ problemlos eingehalten werden.

Finanziert werden konnte dieses Angebot durch die Unterstützung des Wiesbadener Kurier/Wiesbadener Tagblatt und deren Benefizaktion „Ihnen leuchtet ein Licht“. Anliegen dieser seit über 60 Jahren bestehenden Aktion ist es, stiller, nicht gleich erkennbarer Not in einer reichen Stadt zu begegnen. Eingegangene Spendenmittel in Höhe von 15.000 Euro konnten in das oben beschriebene Projekt der Lernförderung eingebracht werden. Die 50 Kinder waren schnell beisammen - die Zugänge erfolgten über die Betreuenden Grundschulen, die Schulsozialarbeit, die Kinder-Eltern-Zentren sowie die Fachstelle *Bildung und Teilhabe*. Damit war sichergestellt, dass das Angebot in erster Linie solche Familien erreicht, die sich durch die - später an den Start gegangenen - Lernförderangebote des Landes nur bedingt ansprechen lassen. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde eine Warteliste gefüllt, so dass der Wiesbadener Kurier Spendenmittel für 30 weitere Kinder zur Verfügung gestellt hat. Auch diese Plätze sind schon nahezu belegt.

Bei allem Einfallsreichtum und beherztem Handeln der Wiesbadener Akteure: Es gibt Herausforderungen, denen auf kommunaler Ebene schwer beizukommen ist. Ein Beispiel hierfür ist die Verfügbarkeit von W-LAN und damit von Austausch hoher Datenvolumen, wie es für digitalen Unterricht gebraucht wird. Ein Problem in diesem Kontext ist nach wie vor, dass viele Kinder und Jugendliche zuhause nicht auf W-LAN zugreifen können und damit in der schnellen Datenübertragung gehandicapt sind.

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.



Mit Anschaffung der LTE-Router (siehe S. 5) werden die technischen Voraussetzungen hierfür geschaffen; was fehlt, ist eine kostengünstige Datenflatrate Bildung. Diese lässt sich nicht auf lokaler Ebene herbeiführen, weswegen die Hoffnung groß ist, dass sich Bundesbildungsministerin und Telekommunikationsanbieter - wie zugesagt - alsbald auf eine entsprechende „Schülerflatrate“ einigen können und diese auch zeitnah umgesetzt wird.

2. Unterricht in der kalten Jahreszeit

Nach einem Sommer, der wenig Regen bereithielt und die Verlagerung von (Schul-) Veranstaltungen nach draußen erlaubte, steht nun der Herbst mit niedrigeren Temperaturen und unbeständiger Witterung vor der Tür. Damit sehen sich die Schulbehörden vor der Herausforderung, Konzepte vorzulegen, die den reinen Präsenzunterricht weiterhin ermöglichen, bei gleichzeitigem Infektionsschutz auf hohem Niveau. Hygienekonzepte für den Schulbetrieb liegen in der Verantwortung der Länder, ihre Auswirkungen jedoch sind nicht auf Schule begrenzt, sondern entscheidende Größe für das Zurückdrängen von Neuinfektionen insgesamt.



Entsprechend groß ist die Verantwortung der Kultusministerkonferenz (KMK) - nicht zuletzt deshalb wird den Ergebnissen der Gespräche der Bundesländer zu Hygieneplänen große Bedeutung zugesprochen. Die Vorschläge reichen von regelmäßiger Stoßlüftung bis hin zu CO₂-Messgeräten für jeden Klassenraum. Zwecks Abstimmung der Länder untereinander hatte die KMK für den 23.09.2020 zu einem Fachgespräch Lüftungshygiene eingeladen. Das Bundesumweltamt wird zeitnah eine

Handreichung für die Schulen erarbeiten, die am Grundsatz „alle 20 Minuten stoßlüften“ jedoch nicht rütteln dürfte (vgl. unter <https://www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/kmk-expertengespraech-lueften-in-schulraeumen-richtiges-und-regelmaessiges-lueften-bleibt-a-und-o-bunde.html>).

3. Nicht allein das Lernen darf eine Rolle spielen bei neuen Konzepten, sondern auch das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler muss in den Blick genommen werden.

In Deutschland korreliert der Bildungserfolg stark mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Kinder und Jugendlichen. Unser Bildungssystem ist damit bereits im „Normalbetrieb“ dadurch gekennzeichnet, dass bestehende Ungleichheiten nicht etwa abgemildert, sondern oft genug verschärft werden. Die Pandemie und die damit einhergehende Erfordernis, den Unterricht umzustellen auf Formate ohne Präsenz in den Schulen, haben gezeigt, dass Infrastruktur und Konzepte für digitalen Unterricht den Anspruch haben müssen, nicht nur zeitnah umsetzbar zu sein, sondern auch die bestehende Ungleichheit nicht weiter zementieren bzw. ausweiten zu dürfen. Entsprechende Konzepte, hier von vornherein beides zu verankern, sind deshalb unerlässlich.

Jedoch gibt es einen weiteren Aspekt, beschäftigt man sich mit den Folgen der Pandemie für Schülerinnen und Schüler. Hierbei geht es um das Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen, deren Alltag, Lernen und soziales Leben von einem auf den anderen Tag komplett auf den Kopf gestellt wurde. Dieses Los teilen sie zwar mit vielen Erwachsenen, jedoch hatten junge Menschen noch viel weniger mitzureden, wie mit den Herausforderungen umzugehen sei.

Bereits während des *Lockdowns* gab es hierzu eine Reihe von Untersuchungen, so eine bereits im Mai durchgeführte Befragung durch den Forschungsverbund „Kindheit - Jugend - Familie in der Corona-Zeit“, der sich aus den Universitäten Hildesheim, Frankfurt und Bielefeld zusammensetzt.

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Zentrales Ergebnis der Befragung war, dass sich die Kinder und Jugendlichen vernachlässigt und zurückgesetzt fühlten, da ihre Meinung in der Krise so gar nicht gefragt war. Nähere Ergebnisse der Umfrage finden sich unter <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1081> (Ergebnisse Befragung Kinder und Eltern) sowie unter <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1078> (Ergebnisse Befragung Jugendliche).

Neues aus Schuldezernat und Schulentwicklungsplanung

Schulbeginn in Corona-Zeiten I: Großes Engagement der Schulen

Mit Beginn des Schuljahres am 17.08.2020 galt es, den Präsenzunterricht unter aktuellen Corona-Bedingungen aufzunehmen. Eine Herausforderung, die vor allem die Schulleitungen und Kollegien mit großem Einsatz bewältigt haben - tragen doch die Schulleitungen die Verantwortung für die Regelungen an ihrer Schule und müssen gemeinsam mit dem Gesundheitsamt über einzuleitende Maßnahmen beim Auftreten von Verdachtsfällen entscheiden. Die Regelungen im Detail werden hier erläutert:

[https://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=https://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt Wiesbaden/141010100000388470.php](https://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=https://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt_Wiesbaden/141010100000388470.php)

Schulbeginn in Corona-Zeiten II: Bestellungen für Tablets und Laptops auf den Weg gebracht, Lieferung für Oktober erwartet

Nicht nur bei der Verkabelung der Schulen und der Beschaffung von Bildschirmen im Rahmen des so genannten Digitalpaktes hat Wiesbaden seine Hausaufgaben gemacht. (Hier der Link zur Pressemeldung samt Umsetzungsliste:

[https://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=https://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt Wiesbaden/141010100000382923.php](https://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=https://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt_Wiesbaden/141010100000382923.php)) Auch in Sachen Sofortprogramm gibt es hoffentlich bald gute Nachrichten zu verkünden. Nach einer Bedarfsabfrage bei allen Schulen vor den Sommerferien hat die Landeshauptstadt Wiesbaden 4.000 Tablets und etwa 600 Laptops

aus Mitteln des Sofortprogramms

(<https://kultusministerium.hessen.de/presse/pressemitteilung/hessen-erhaelt-37-millionen-euro-bundesmittel-fuer-digitale-ausstattung-0>) bestellt. Die Lieferung ist für Oktober avisiert, danach werden die Tablets ins Softwareverwaltungssystem des Medienzentrums (Mobile Device Management) eingebunden und an die Schulen verteilt.

Prozess zur Aufstellung des neuen Schulentwicklungsplanes angelaufen

Mit einer gut besuchten Auftaktkonferenz hat die Arbeit am Schulentwicklungsplan 2022 - 2026 begonnen: Rund 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger kamen am 25.08.2020 ins Haus der Vereine in Dotzheim, um über ihre Vorstellung von Schulentwicklung zu sprechen, sich über Merkmale und Defizite der Wiesbadener Schullandschaft auszutauschen und um ihre Ideen in den Prozess der Erarbeitung des Schulentwicklungsplanes einzubringen. Einen Nachbericht sowie das verschriftlichte Live-Protokoll ist hier zu finden:

<https://dein.wiesbaden.de/wiesbaden/de/journal/51293/post/74/title/schulentwicklungsplanung+erfolgreich+gestartet>

Auf dem Weg in den Ganzttag: Vorbereitungsauftrag an die Verwaltung

2025 soll es so weit sein: Nach der Vorstellung der Bundesregierung können Eltern spätestens in fünf Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz an einer Grundschule geltend machen. Auch wenn es an Details zur Umsetzung mangelt, geht man derzeit davon aus, bis 2025 für etwa 90 Prozent aller Kinder einen Betreuungsplatz bereitstellen zu müssen. Das wären in Wiesbaden 2.900 zusätzliche Plätze. Um die baulichen und organisatorischen Voraussetzungen hierfür zu schaffen, wurde die Verwaltung jetzt mit der Vorbereitung der Umsetzung des Rechtsanspruchs beauftragt.

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

In einem ersten Schritt soll in mehreren Machbarkeitsstudien geklärt werden, was gerade aus baulicher Sicht an welcher Schule konkret in Angriff genommen werden muss. Weitere Infos: https://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=https://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt_Wiesbaden/141010100000388698.php

Ansprechpartner: Christian Lahr

Neues aus den Bi..W-Teilprojekten

Teilprojekt III.8 Wiesbadener Grundschulbefragung zu Bildungsteilhabe und Bildungschancen im Übergang von der Grundschule in die Sekundarschulen

Wiesbadener Grundschulkinderstudie 2019 - zusammenfassende Präsentation online



Die aktuelle Pandemie-Phase beschränkt die Möglichkeiten öffentlicher Veranstaltungen deutlich. So haben wir uns - zusammen mit Frau Prof. Andresen von der Goethe-Universität, Frankfurt am Main - entschieden, die Ergebnisse der im Vorjahr durchgeführten Befragung von über 400 Wiesbadener Schülerinnen und Schülern der 4. Klassen, ihrer Eltern und ihrer Lehrkräfte zum Übergang in die weiterführende Schule und dem Wohlbefinden der Kinder in der Schule

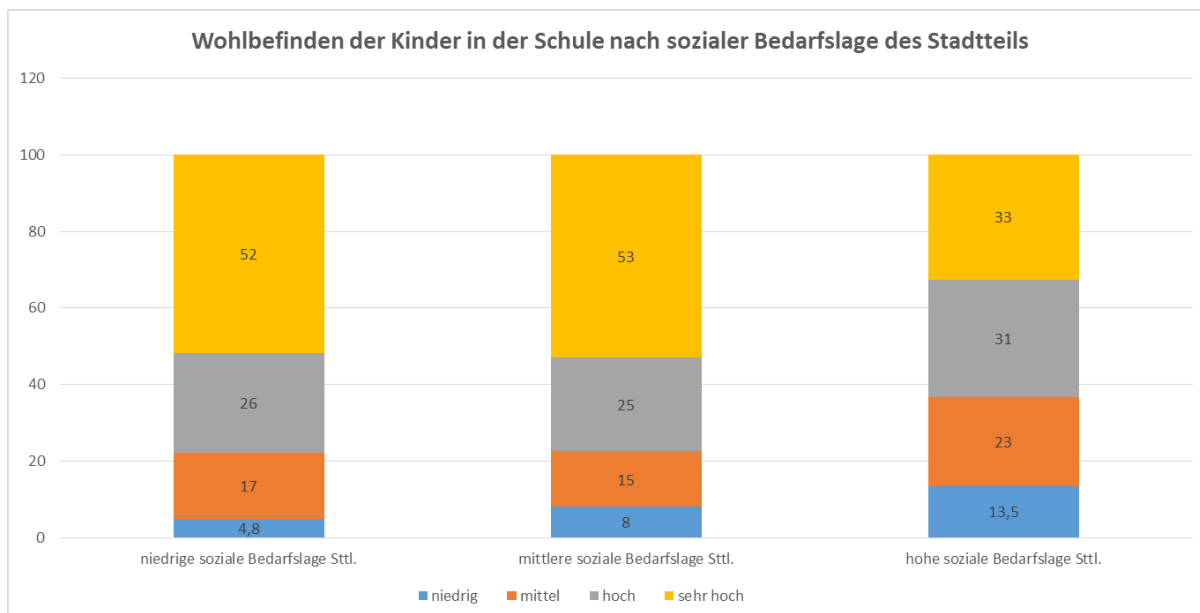
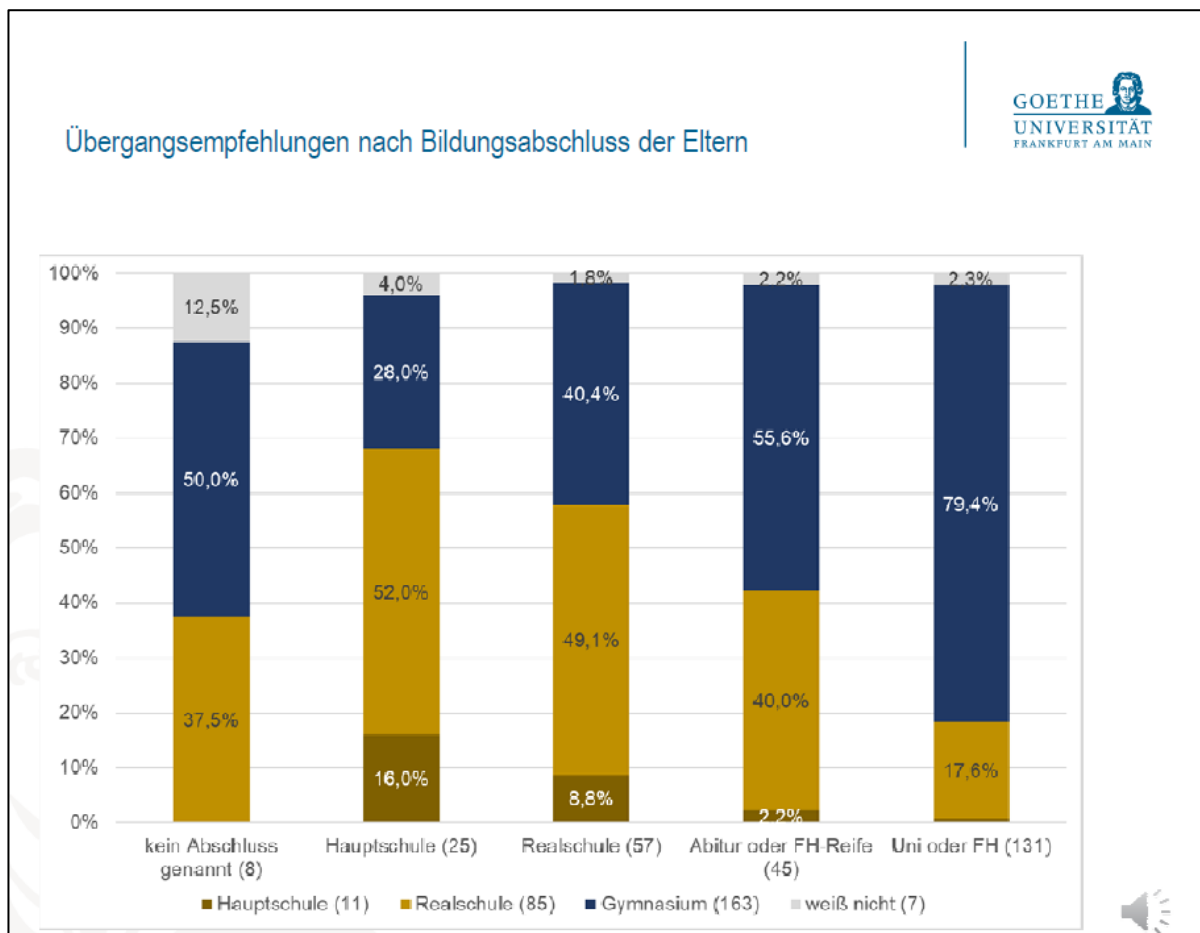
online in Form eines animierten Powerpoint-Vortrags online zu präsentieren:

(<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/bildung/bildungsberichterstattung/index.php>).

Wie bereits in der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2007 wird aufgezeigt, dass der Übergang in die weiterführende Schule für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwächeren und bildungsferneren Familien deutlich schwieriger ist als für Kinder aus anderen Elternhäusern (vgl. Abb. 1). Im Fokus der Kindheitsforscherin Sabine Andresen stand jedoch auch das Wohlbefinden der Kinder in der Schule. Etwa jede/-r zehnte 4.-Klässler/-in weist ein sehr geringes schulisches Wohlbefinden auf und auch hier gibt es soziale Unterschiede: Schülerinnen und Schüler aus Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen gehören mit 14 Prozent deutlich häufiger zur Gruppe mit sehr geringem Wohlbefinden (SWB 1 in der Abb. 2 unten) als Gleichaltrige aus Stadtteilen mit geringen sozialen Bedarfslagen; hier sind es nur knapp 5 Prozent, die sich in der Schule nicht wohlfühlen.

Das Resümee der Wiesbadener Grundschulkinderstudie 2019 könnte demnach lauten: Es gibt überall noch einiges zu tun, damit alle Kinder sich wohlfühlen und gut lernen können, aber in Schulen in benachteiligten Lagen besonders.

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.



Ansprechpartnerin: Beate Hock

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.



Neue Berichte

Jahresbericht „Tagesbetreuung für Kinder 2019/2020“ erschienen



Der jährlich erscheinende Bericht „Tagesbetreuung für Kinder“ gibt Auskunft über die vorschulische Betreuungssituation von Kindern unter sechs Jahren. Gesamtstädtisch und auf Ebene der Ortsbezirke wird das Platzangebot im Krippen- sowie Elementarbereich dargestellt und Bedarfe identifiziert. Zusätzlich zu diesen Kennzahlen bietet der aktuelle Tagesbetreuungsbericht einen Überblick über die Nutzung des zentralen Vormerksystems „WiKITA“ und der Notbetreuungssituation während der Corona-Pandemie.

Kindertagesstätten und Tagespflegestellen erfüllen als erste außerfamiliäre Bildungsinstitutionen nicht nur den Auftrag der Bildung, Erziehung und Betreuung von jungen Kindern, sie ermöglichen auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. An vielen Stellen bieten sie besondere Fördermöglichkeiten

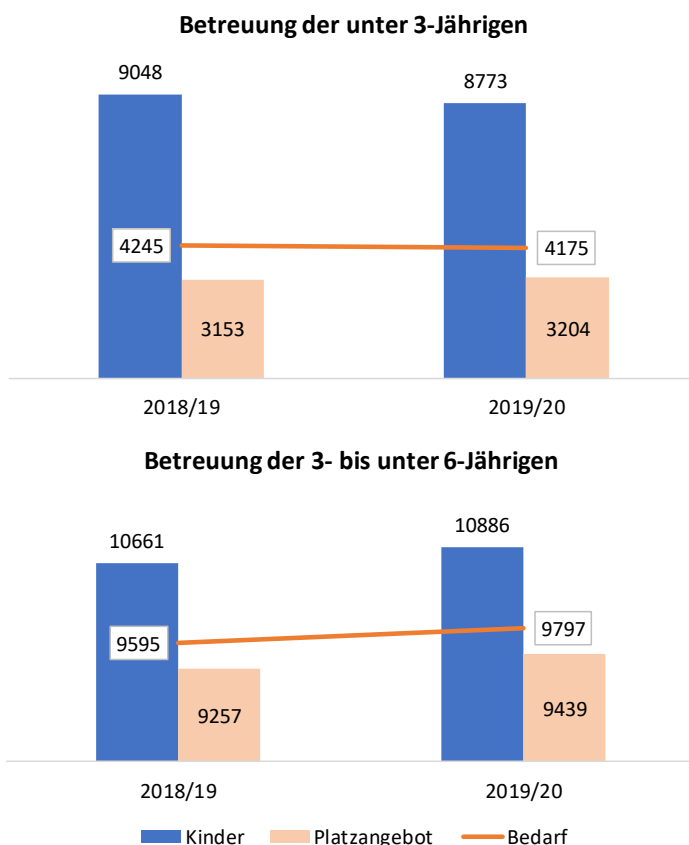
für Kinder und bereiten den Übergang in das schulische System damit optimal vor. So ist beispielsweise bekannt, dass sich die Dauer des Kitabesuchs positiv auf den Sprachstand eines Kindes auswirkt, aber auch auf dessen Persönlichkeitsentwicklung.

In Wiesbadener

Kindertagesstätten können 2.724 Kinder unter drei Jahren sowie 9.439 der 3- bis unter 6-Jährigen betreut werden. Hinzu kommen 480 Plätze in der Kindertagespflege. Die Platzangebotsquote liegt damit im Krippenbereich bei 36,5 Prozent, im Elementarbereich bei 86,7 Prozent. Das selbst gesteckte Versorgungsziel von 48 Prozent im Krippen- und 90 Prozent im Elementarbereich wird in diesem Jahr leider verfehlt.

Um mehr Kindern in Wiesbaden einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen zu können und den akuten Platzbedarf in Zukunft zu decken, werden Kitas kontinuierlich erweitert und neu gebaut. Bis 2022 entstehen weitere 250 Plätze im Krippen- und 539 Plätze im Elementarbereich.

Den aktuellen Bericht finden Sie unter:



Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Abt. Kindertagesstätten

https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Tagesbetreuungsbericht-2019_20_neu.pdf

Ansprechperson: Theresa Nagy

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.



Jahresbericht „Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder“ für das Schuljahr 2019/20 erschienen



Soeben ist der aktuelle Bericht zur Versorgung mit Nachmittagsangeboten für Grundschul Kinder in Wiesbaden erschienen. Auf Grundlage aktualisierter Daten wird die Betreuungssituation von Kindern im Grundschulalter für das Schuljahr 2019/20 dargestellt. Bilanzen gibt es sowohl auf der Ebene der Gesamtstadt als auch für alle einzelnen Grundschulstandorte. Die im Bericht enthaltene Betrachtung der Handlungsbedarfe stellt einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Umsetzung Rechtsanspruch dar.

Den Bericht finden Sie hier: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/jugendhilfeplanung.php#SP-tabs:3>

Ansprechperson: Beate Hock

Herausgeber: Landeshauptstadt Wiesbaden, Projektbüro Bildung integriert..Wiesbaden

Kontakt: Frau Groebel (Projektleitung), Amt für Soziale Arbeit, Abt. Grundsatz und Planung, Büro für Kommunale Bildungsprojekte, Telefon 0611 31-5093

Frau Fink, Amt für Soziale Arbeit, Abt. Grundsatz und Planung, Büro für Kommunale Bildungsprojekte, Telefon 0611 31-4771

Bildnachweise: Büro für Kommunale Bildungsprojekte, F8 studio/shutterstock.com, insta_photos/shutterstock.com, Halfpoint/shutterstock.com

Ausschließlich digitale Fassung; Sept. 2020

Das Vorhaben Bildung integriert..Wiesbaden, Förderkennzeichen 01JL1684, wird im Rahmen des Programms Bildung integriert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

